



Blick zurück - 2010 im Schnelldurchlauf

Was bleibt vom ersten Jahr schwarz-gelbe Koalition? | von Manfred Nink MdB

Das politische Jahr 2010 war aus bundespolitischer Sicht sicherlich eine Zeit vieler Herausforderungen und leider auch vieler vergebener Chancen. Ganz klar war das vergangene Jahr im politischen Berlin dominiert von der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Neben Finanz- und Haushaltsproblemen auf allen Ebenen warfen jedoch auch andere Politikfelder lange Schatten. Ein Jahresüberblick 2010.

Die rasante Euro-Rettung

Im Mai dominierten die Beinahe-Staatspleite Griechenlands und die Maßnahmen zur Rettung des Euros als Gemeinschaftswährung die Schlagzeilen und das politische Geschäft. In atemberaubender Geschwindigkeit wurde der Bundestag mit der schwierigen und schwerwiegenden Thematik befasst. Die Bundeskanzlerin war nicht bereit, der SPD entgegen zu kommen, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen und nachhaltig zu handeln. Union und FDP waren nicht willens einen Entschließungsantrag mitzutragen, der eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und eine Finanztransaktionssteuer vorsah. Vielmehr lud die Regierung die komplette Risikolast für die

milliardenschweren Bürgschaften beim Steuerbürger ab. So konnte die SPD-Fraktion den Rettungsplänen nicht folgen und enthielt sich mehrheitlich der Stimme.

Städtebauförderung, die Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“, eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und einen flächen-



Das ganze Jahr auf einen Blick: Berlin und die Bundespolitik

Das unausgewogene Sparpaket der Bundesregierung

Fast das gesamte Jahr über habe ich vor der Belastung der öffentlichen Haushalte – vor allem der kommunalen – durch die schwarz-gelbe Finanz- und Steuerpolitik (Stichwort: Wachstumsbeschleunigungsgesetz) gewarnt. So forderte die SPD-Bundestagsfraktion beispielsweise einen Rettungsschirm für Kommunen, den Erhalt der

deckenden Mindestlohn. Mit dem Sparpaket der Bundesregierung, das im Frühsommer vorgestellt wurde, trieb Schwarz-Gelb es dann allerdings im Gegenteil auf die Spitze. Aus dem Wahlversprechen „Mehr Netto vom Brutto“ wurde „Weniger Netto vom Brutto und Steuer geschenke für Reiche“. Hoteliers und Erben bekamen Erleichterungen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro, dafür wurden z.B. Ausgleichszahlungen für Arbeitslose beim Über-

2 | Die Bundespolitik

Fortsetzung von Seite 1: Blick zurück - 2010 im Schnelldurchlauf

gang von Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II, der Rentenversicherungsbeitrag für Hartz-IV-Empfänger, der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und das Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfänger gestrichen. Die Städtebauförderung und somit auch das Programm „Soziale Stadt“ wurden weitgehend zurückgefahren.

Der Ausstieg aus dem Ausstieg

Im September 2010 knickte die schwarz-gelbe Bundesregierung vor der Atomlobby ein. Vor allem die Energiekonzerne profitieren finanziell von der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und dem Ausstieg aus dem von rot-grün beschlossenen Atom-Ausstieg. Schätzungen zufolge könnten Energie-Unter-

nehmen täglich eine Million Euro mit abgeschriebenen Atom-Meilern verdienen. Außer Acht ließen Union und FDP die weitere Anhäufung von Atommüll bei gleichzeitiger Offenheit der Endlager-Frage. Bundesweit demonstrierten Atomkraftgegner zusammen mit der SPD, den anderen Oppositionsparteien, Verbänden und Gewerkschaften gegen die Hochrisikotechnologie und die unverantwortliche Entscheidung der Bundesregierung.

Die Hartz-IV-Regelsätze

Seit 9. Februar 2010 ist bekannt, dass die Bemessung der Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II nicht verfassungsgemäß ist. An diesem Tag erging das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Das Gericht

stellte in seinem Urteil vor allem auf die Wahrung der Menschenwürde ab und forderte zudem vor allem mehr für Kinder zu tun. Das Ministerium für Arbeit und Soziales und die zuständige Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) waren bis Oktober nicht in der Lage, nachvollziehbare Berechnungsformeln zur Bedarfsbemessung vorzulegen. Es entstand vielmehr der Verdacht, dass sich die Regierung auf einen vorher festgelegten Hartz-IV-Satz den Bedarf zurecht kalkuliert. Am Ende sollten fünf Euro mehr für Erwachsene und ein Bildungspaket für Kinder stehen. Die Debatte musste schließlich Ende des Jahres in den Vermittlungsausschuss. Die Auseinandersetzung dauert bis heute an. Was im Ergebnis wirklich Gesetz wird, bleibt noch abzuwarten.

...und was bringt Schwarz-Gelb 2011?

- Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5% bei ungleicher Verteilung der Beitragslast (7,3% für Arbeitnehmer, 8,2% für Arbeitnehmer)
- Anstieg des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 3%
- Erhöhung der Tabaksteuer
- Einführung einer Flugticketabgabe
- ...

Mit der ersten Gehaltsabrechnung 2011 müssen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer feststellen, dass steigende Sozialabgaben das verfügbare Netto schröpfen. Vor allem kleine und mittlere Einkommen sind betroffen, während Besserverdiener kaum belastet werden (siehe Tabelle).

Jährliche Mehrbelastung durch steigende Sozialabgaben nach Steuern (in Euro)			
Monatliches Brutto-Einkommen in Euro	Ledig, Steuerklasse 1, ohne Kinder, konfessionslos	Verheiratet, Steuerklasse 3, ein Kind, konfessionslos	Alleinerziehend, Steuerklasse 2, ein Kind, konfessionslos
1000	39,96	48,00	48,00
1500	51,48	72,00	55,92
2000	49,56	80,04	52,08
2500	55,80	93,96	56,04
3000	60,72	80,04	62,16
3500	62,40	75,60	64,20
4000	29,64	59,76	33,60
5000	5,88	48,60	8,76
6000	1,32	35,64	0,48
8000	1,32	16,56	0,48

Quelle: Bund der Steuerzahler e.V.

Ein Jahr mit vielen Verstärkungen

Ein Büro-Jahresrückblick in Anekdoten

Über die Arbeit des Bundestagsabgeordneten Manfred Nink sowie seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ließe sich bestimmt nach Schema F Rechenschaft ablegen: Insgesamt wurden mehrere Dutzend Bürgeranfragen beantwortet, sieben Praktikanten beschäftigt, an unzähligen Sitzungen teilgenommen, zehn Spreebriefe und noch viel mehr Pressemitteilungen veröffentlicht.

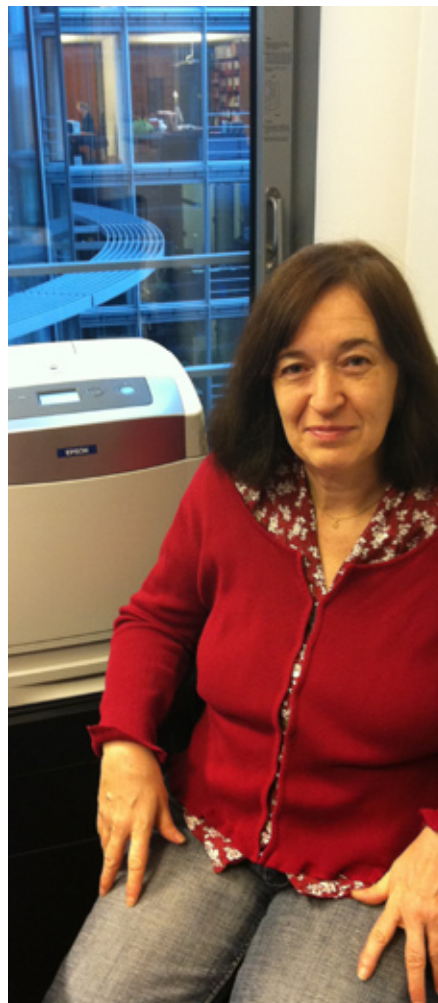
Aber ein Jahresrückblick geht auch anders - mit dem Blick hinter die Kulissen und über die nackten Zahlen hinaus.

Nach der Bundestagswahl Ende September 2009 und der Konstituierung des Deutschen Bundestages einen Monat später gab es im Bundestag für viele Abgeordnete noch keine eigenen Büros bzw. nur unzureichend kleine Räume. Mit dem neuen Jahr wurden dann allerdings die Verhältnisse geordnet – mal mehr, mal weniger.

Neueinrichtung im Berliner Büro

Die Amtsaustattung eines Bundestagsabgeordneten besteht unter anderem aus drei Büroräumen mit Computer und Druckern, Faxgerät, Telefonen, Schränken und Tischen. Mit dem Tag der Konstituierung des Bundestages (innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl) sollte jeder Abgeordnete arbeitsfähig ausgestattet sein, denkt man. Zumindest wäre es doch sehr wünschenswert. Manfred Nink bekam seine Büroräume „schon“ im Februar 2010 zugewiesen - nicht besonders schnell, aber

immerhin hatten er und sein Team bereits vorher in einem ehemaligen Büro von Karl Diller ein funktionsfähiges Büro mit zwei Computern für drei Leute, einem Faxgerät und zwei Druckern vorgefunden.



Doppelte Verstärkung: Johanna und der neue Farbdrucker

Verstärkung im April

Kaum in den neuen und neu eingerichteten drei Büroräumen angekommen, bekamen Manfred und sein Team personelle Verstärkung. Am 1. April 2010 war der erste Arbeitstag von Johanna Niedermei-

er im Berliner Büro. Als ehemalige Mitarbeiterin von Ursula Mogg kennt Johanna Rheinland-Pfalz sowie die Abgeordneten der Landesgruppe und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fühlt sich direkt wieder heimisch.

Der verflixte Drucker

Druckt er oder druckt er nicht? Im Juli dann hielt ein technischer Konflikt das ganze Berliner Büro auf Trapp. Was als technische Verstärkung geplant war, entpuppte sich als Nervensäge. Ein neuer Farbdrucker - vor allem für den Druck von Informationsmaterialien für Manfreds Bundestags Besuchergruppen - sollte zunächst gekauft und dann in das bestehende Netzwerk der Bundestages-IT-Infrastruktur eingebunden werden. Klingt vielleicht einfach, ist es aber nicht. Einen langen Briefwechsel, eine Kaufstornierung, etwa zehn Besuche des zuständigen IT-Mitarbeiters und einen zweiten Drucker später, konnte endlich der „Spreebrief Reisebegleiter“ in Farbe erscheinen. Seit dieser Odyssee weist die Verwaltung übrigens darauf hin, bei der Anschaffung neuer Geräte vorher Rat und Empfehlungen der IT-Abteilung einzuholen. Aha.

Schutz vor Terroristen

Die letzte „Verstärkung“ rückte in der Vorweihnachtszeit an. Der Reichstag machte als Anschlagziel von Terroristen Schlagzeilen. Die Folge waren Zäune und Polizei rund um die Parlamentsgebäude und an den Bahnhöfen.

4 | Aus Partei und Fraktion

Wahlkampfunterstützung 2011

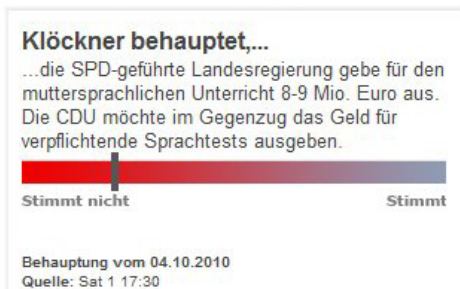
Das CDU-Wahrheitsbarometer



Tatsache ist...

1. Christoph Böhr war 2005 für „eine einkommensabhängige Erhebung von Studiengebühren nach dem Einstieg in das Berufsleben“.
2. Klößner: „Studiengebühren wirken sich positiv auf die Leistung aus.“ (Strategiepapier „Deutschland- generationengerecht“ 2003)
3. Klößner: „Studiengebühren ja- aber abbezahlen erst nach 10 Jahren im festen Job.“ (Im Chat mit Sabine Bätzing bei der Rheinzeitung im Vorfeld der Bundestag ...)

[anzeigen](#)



Tatsache ist...

Für den muttersprachlichen Unterricht geben wir ca. 1,9 Mio. Euro aus. Im Zusammenhang mit der Forderung nach verpflichtenden Sprachtests für alle Vierjährigen will Klößner zur Gegenfinanzierung den muttersprachlichen Unterricht einstellen. Der Test alleine (für alle 34.000 Vierjährigen) würde rd. 4 Mio. Euro kosten. Und damit hätte noch kein einziges Kind eine Sprachförderung erhalten.

[anzeigen](#)

Das CDU-Wahrheitsbarometer auf www.spd-rlp.de zeigt, mit welchen Falschaussagen und Unwarheiten Julia Klößner versucht Stimmung zu machen. | Screenshot: spd-rlp.de

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zwar steht diese (Sonder-)Ausgabe des Spreebriefs ganz im Zeichen des Jahresrückblicks, aber gerade für politisch aktive Rheinland-Pfälzer/innen ist vor allem auch ein Blick auf den 27. März diesen Jahres von herausragender Bedeutung.

Der Landtagswahlkampf läuft an. Und ähnlich wie im Bundestagswahlkampf 2009 gibt es eine Unterstützungsmöglichkeit, auf die ich Euch besonders aufmerksam machen möchte. Ihr habt die Möglichkeit, der Partei ein Großflächen-Plakat zu spenden.

Unter www.plakatspende.spd-rlp.de habt Ihr die Möglichkeit für einen Zeitraum Eurer Wahl ein Plakatmotiv Eurer Wahl an einem Standort Eurer Wahl zu spenden.

Die Standorte sind breit gestreut. Die auswählbaren Zeiträume umfassen zehn bis elf Tage und sind ab 40 Euro buchbar. Der Preis hängt von der Lage der Großfläche ab. Je besser sie zu sehen ist und je mehr Menschen an ihr täglich vorbei kommen, desto teurer ist die Anmietung.

Erzählt auch Euren Freundinnen und Freunden, Arbeitskolleginnen und -kollegen sowie Verwandten davon. Ich wünsche uns allen einen kraftvollen Wahlkampfstart!

*Herzlichst,
Euer*

Jahresrückblick: Termine 2010

Januar bis März

Mandatsträgertreffen mit Bischof Dr. Stephan Ackermann, Besuch des Bundespräsidenten Horst Köhler in Trier, Erstes Treffen der neuen Trierer Runde

April bis Juni

Eröffnung der Öko 2010 in Trier, Trierer Wirtschaftsgespräch zum Thema „Wirtschaftspolitische Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ mit Hendrik Hering, Landesparteitag der SPD in Idar-Oberstein

Juli bis September

Runder Tisch mit den Betriebsräten aus den US-Standorten in RLP, Bundesversammlung mit der Wahl des Bundespräsidenten, 90-jähriges Jubiläum der SPD-Stadtratsfraktion Trier, 120-jähriges Jubiläum der Trierer SPD, 20 Jahre Kreispartnerschaft Trier-Saarburg und Rudolstadt, 50 Jahre Partnerschaft Bistum Trier - Bolivien

Oktober bis Dezember

SPD-Landesvertretertagung in Mainz, Gespräche der SPD-Landesgruppe RLP mit der Telekom u.a. zu den geplanten Standort-schließungen in Trier, Trierer Wirtschaftsgespräch zum Thema „Finanzkrise - Basel III - Kreditklemme“, Schirmherrschaft beim Charity-Konzert „Emotion Vol. III“ in Kenn zugunsten der integrativen Kindertagesstätte HAUS TOBIAS

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de